



**Bernhard Most
Gemeinderat**
FDP - Die Liberalen
c/o Most Bau GmbH & CO. KG
Kelterstraße 97
73265 Dettingen unter Teck
Tel. 07021/987122
Fax 07021/987222
b.most@mostbau.de



**Albert Kahle
Gemeinderat**
Kirchheimer Bürgerliste
Weppachweg 14
73230 Kirchheim u. Teck
Tel. 07021/6565
Fax 07021/480865
gr.kahle.kibue@web.de

Haushaltsrede zur Generaldebatte des Haushaltsplan 2006

am 16.11.2005

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates,

der österreichische Shakespeare und Dramaturg Johann Nepomuk Nestroy hat vor etwa 200 Jahren die Feststellung getroffen:

„Die Phönizier haben das Geld erfunden – aber warum so wenig?

Diese Frage bedrängt wohl alle, auf deren Konto das Komma zu weit links steht und die Ausgaben höher sind als die Einnahmen. So auch beim städtischen Haushalt.

Auf den ersten Blick ist der Haushaltsplanentwurf im Verhältnis zum Vorjahr nicht spektakulär, ja hat vielleicht den Ansatz zur Besserung:

Die Einnahmen und Ausgaben des VW HH sinken leicht, die Situation im VM HH bleibt konstant.

Mit einer geringen Zuführungsrate zum VM HH kann wieder ein, wenn auch bescheidener Beitrag zur Schuldentilgung erwirtschaftet werden. Immerhin im Gegensatz zum Vorjahr ein kleiner Erfolg!

Theoretisch könnte man den vorgelegten Entwurf abhaken und zur Tagesordnung übergehen. Dies kann aber nur jemand tun, der die Entwicklung in den vergangenen Jahren gut geheißen hat und den dramatischen Zerfall der Wirtschaftlichkeit unserer Stadt hingenommen hat.

Die von Ihnen Frau Oberbürgermeisterin, zur Haushaltseinbringung getroffene Aussage:

„Das Königsrecht des Gemeinderates, bei Haushaltsplan-aufstellungen gestalterisch und lenkend zu wirken, ist weiterhin nicht erkennbar“, müssen wir für uns zurückweisen.

In den vergangenen Jahren wurden von uns genügend sinnvolle Vorschläge gemacht, die von Verwaltung und Gemeinderat nicht umgesetzt wurden.

Es war stets unser Ziel rechtzeitig zu agieren, um nicht im Nachhinein nur noch reagieren zu können.

Noch mehr müssen wir uns deshalb zukünftig an Ihre Aussage vom Vorjahr halten „Sparen, Schieben und Schwerpunkte bilden“.

Die Gesetzmäßigkeit des Haushaltes ist aus unserer Sicht aus dem laufenden Geschäft heraus wieder nicht gegeben.

Es sind die ständig zunehmenden Sachzwänge, die zu steigenden Ausgaben führen. Das müssen wir ändern.

Es ist unsere Pflicht den Haushalt so aufzustellen, dass die gesetzlichen Vorgaben erfüllt werden können. Dazu muss die Zuführung an den Vermögenshaushalt die erforderliche Größe erreichen.

Nun, was geschieht im VW HH? Die Einnahmenseite zeichnet sich insbesondere durch Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer aus. Dies resultiert aus einer Erhöhung des Hebesatzes um 10 auf 370 Punkte. Sofern man die Erhöhung für richtig erachtet, mag man das als werthaltig ansehen. Der weitaus größere Anteil jedoch basiert auf einer Steuerschätzung, welche derzeit jedoch sehr unsicher ist.

Auf der Ausgabenseite ist es die Kreisumlage, die zwar mit 43% um 774 000 Euro geringer ausfällt wie 2005, aber mit 13,4 Millionen den zweithöchsten Einzelposten des Gesamthaushaltes darstellt.

An Platz 1 unserer Kritik steht aber nach wie vor die um 491 000 Euro gravierende Steigerung der Personalausgaben auf 19,07 Millionen.

Hierzu finden wir im Haushaltsplanentwurf eine für uns nicht nachvollziehbare Zahlenkonstellation.

Durch die Erhöhung der Besoldung, Vergütung, der Löhne und der Versorgung, um rund 282 000 Euro, erscheint uns bei gleichzeitiger Senkung der Sozialabgaben um rund 47 000 Euro die Vorlage fehlerhaft. Das kann wohl so nicht sein.

Bereits in der letzten Haushaltsdebatte haben wir die Personalkostensteigerung massiv kritisiert und Korrekturen verlangt. Leider sind Sie dieser Entwicklung nicht genügend standhaft entgegengetreten. So kommt es nicht von ungefähr, dass sich die Haushaltslage tatsächlich nicht wesentlich gebessert hat.

Dass die Personalkosten von über 19 Mio. Euro den Anteil von über 24% des Verwaltungshaushaltes ausmachen, bedeutet eine Steigerung von 1,01% und widerspricht deshalb unserem Antrag zum letzten Haushalt diese Ausgaben innerhalb kürzester Zeit auf einen vertretbaren Wert zu reduzieren.

In dieser Erhöhung sind sicherlich auch 164 000 Euro Personalkosten und Sachkosten von 75 000 Euro für die vom Gemeinderat und uns beschlossenen Stelle des Wirtschaftsförderers enthalten. Diese werden in den nächsten Jahren fortgeschrieben.

Der Anteil von Personalkosten muss weit unter 20% liegen und in Zukunft dorthin abgesenkt werden. Auch dann können die öffentlichen Aufgaben noch ausreichend erfüllt werden.

Unser Vorschlag, das Zusammenlegen des Grünflächenamtes und des Baubetriebshofes, bei gleichzeitiger Streichung einer Dienstleiterstelle wäre ein erster Ansatz gewesen. Diese Chance wurde vertan.

Auf der Einnahmenseite konstatieren wir einen sehr zurückhaltenden Ansatz der Verwaltung, welcher uns allein bei den Grundstücksverkäufen Mindereinnahmen von 3,7 Mio. € beschert.

Nachdem dieser Ansatz dem Geschick und der Anstrengung der Verwaltung mehr oder weniger Druck auferlegt, in Grundstücksangelegenheiten erfolgreich zu sein, halten wir diesen Ansatz für zwiespältig. Nun, vielleicht wird dieses Problem, zu dessen Bewältigung die Verwaltung wieder fremde Hilfe benötigt, jetzt durch den Wirtschaftsförderer erfolgreicher bewältigt. Vielleicht werden dann auch Hemmnisse abgebaut, um investive Vorhaben zu beschleunigen.

Nach dem Verwaltungsentwurf vermindert sich das Haushaltsvolumen zum Vorjahr um 615 353 Euro, das entspricht 0,66 %, bereinigt ergibt dies aber eine Erhöhung zum Vorjahr um 1,94 %.

Dies ermöglicht eine scheinbare Zuführung an den Vermögenshaushalt in Höhe von 981 000 Euro.

Ist das aber glaubhaft? Wir sagen nein. Das kameralistische System lässt eben nur eine mutmaßliche Kalkulation zu. Letztendlich wird erst das tatsächliche Rechnungsergebnis Klarheit schaffen.

Auch beim Zuschuss für Baumaßnahmen ist die Verwaltung sehr zurückhaltend und will uns einen Rückgang mit 371 T€ vermitteln. In der Tat sind jedoch Mehreinnahmen von ca. 750 T€ festzustellen.

Zu den Ausgaben für Bauvorhaben wollen wir keine Ausführungen machen. Die wenigen Maßnahmen, die da ohnehin nur erfasst werden, vertragen keine Kürzungen.

Sparen, Schieben und Schwerpunkte bilden muss unsere Zielsetzung für die Zukunft sein.

Sparen können wir an Aufgaben die von Privatunternehmen günstiger und effizienter erledigt werden können. Dazu bringen wir zum wiederholten male ein, den Baubetriebshof bis auf eine minimal notwendige Belegschaft, die mit dem Grünflächenamt zusammen gelegt wird, aufzulösen. Dies fördert die private Wirtschaft, sichert und schafft Arbeitsplätze.

Neben Lohnkosten von fast 2 Millionen Euro jährlich, können wir auf Ersatz- und Neubeschaffungen im Bereich des Fuhrpark's und der Geräte, die allein in 2006 den Haushalt mit über 200 000 Euro belasten, verzichten.

Dabei ist der verbleibende Bestand an Fahrzeugen mit ihren ständigen Unterhaltskosten für Betriebsmittel wie Kraftstoffe, Reparaturen, Versicherungen und einer Vielzahl kleinerer Posten nicht berücksichtigt .

Vor Jahrzehnten wurde die städtische Gärtnerei aufgelöst. Warum also soll das beim Betriebshof nicht auch gehen?

Sparen können wir auch durch die Zusammenlegung der Familienbildungsstätte und der Volkshochschule in einem Gebäude, mit einem Sekretariat und einer gemeinsamen Verwaltung, die gleichartige Bildungsangebote zusammenlegt. Dazu böte sich das Vogthaus bestens an.

Das Spital könnte vermietet werden, möglicherweise ein Stadthotel werden und durch Mieteinnahmen die Haushaltslage verbessern.

Dies funktioniert aber nur mit einer gemeinsame Entscheidung des Gemeinderates, über alle Fraktionen und Gruppierungen hinweg.

Soweit die Stadt die überwiegenden Kosten für die Räumlichkeiten trägt, dürfte auch ein bestimmtes Mitspracherecht bestehen, durch das auch aus diesem Bereich ein Teil zur Haushaltskonsolidierung beigesteuert wird.

Sparen können wir auch dadurch, dass wir die heute noch zur Entscheidung anstehenden Benutzungsgebühren im Bestattungswesen nicht erhöhen. Nach unserer Vorlage beißt sich nämlich die Katze in den Schwanz und es wird genau das Gegenteil dessen erreicht das man sich zum Ziel gesetzt hat.

Getreu unseres Punktes aus dem vergangenen Wahlkampf:

„Für eine blitzsaubere Stadt“

können wir auch daran sparen, k e i n neues Lichtschrankenmessgerät einschließlich Fahrzeug für 90 000 Euro zu beschaffen.

Wir können es nicht vertreten hinter dem Slogan zu stehen:

„Kirchheim, die freundliche Einkaufsstadt“,

wenn beim verkaufsoffenen Sonntag die Besucher ganztägig an den Einfallstraßen geblitzt werden. Mit Verkehrserziehung hat das nichts mehr zu tun – das ist pure Abzocke, wobei die Freundlichkeit im Slogan - eher wie Hohn klingt.

Sparen können wir noch an vielen Kleinigkeiten, an einer neuen Möblierung der Büroräume oder an Reinigungskosten in kostenlos überlassenen städtischen Räumlichkeiten.

Wenn kein Geld da ist muss man sich überlegen ob es nicht sinnvoll ist noch einige Zeit länger auf den alten Stühlen oder am alten Schreibtisch zu sitzen, oder aber die Reinigung diejenigen selbst machen zu lassen, welche die städtischen Räumlichkeiten kostenlos nutzen. Kleinvieh macht bekanntlich auch Mist.

Nur, wenn solche Beschaffungen ernsthaft nach ihrer Notwendigkeit überprüft werden und öfter mal ein Nein dahinter steht, können wir die Zukunftsaufgaben meistern.

Leider zwingt uns die Haushaltslage auch dazu wichtige Vorhaben zu schieben und zwar so lange, bis das mit dem Sparen klappt und unsere Vorschläge umgesetzt werden.

Schieben können wir den uns erneut für 110 000 Euro zur Ersatzbeschaffung vorgelegten Friedhofsbagger. Auch bei einem Neugerät reißen die Hydraulikschläuche. Nach 7 Jahren hat sich deshalb die Wirtschaftlichkeit noch nicht gerechnet.

Schieben müssen wir - sofern es im Haushalt Niederschlag finden würde- das neue Hallenbad, die Gießnauhalle, die Mörikehalle und, und, und – aus unserer Sicht auch das bereits beschlossene und von der mehrheitlichen Bevölkerung abgelehnte Beleuchtungskonzept.

Schwerpunkte haben wir bereits gesetzt.

Im Schulwesen durch den Neubau der Freihof Realschule, den Bau der Sporthalle Raunerschule, die Ganztagsbetreuung an der KW- und der Alleenschule und einige andere Gewichtigkeiten.

Nur, all das muss finanziert werden und dazu dürfen und können wir eben nur das Geld ausgeben, das auch eingenommen wird.

Allerdings mahnen wir an, dass auch die Unterhaltungsarbeiten seit vielen Jahren weit unter den erforderlichen Ansätzen liegen und behaupten, dass hier die Aufnahme von Darlehen, so andere Einsparungen nicht möglich sind, viel billiger wären, als die Maßnahmen in nahe oder ferne Zukunft zu verschieben. Dies muss in den kommenden Haushalten wieder in den Vordergrund gerückt werden!

Wir danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung für die im vergangenen Jahr und bei der Erstellung dieses Haushaltsplanes geleisteten Arbeit.

Gegenüber der Verwaltung und den Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates hegen wir die Hoffnung, dass unsere Anregungen, im Interesse der gesamten Bürgerschaft von Kirchheim und der Teilorte Jesingen, Ötlingen, Lindorf und Nabern bei der weiteren Gestaltung einer zukunftsfähigen Stadt Ihre Zustimmung finden.

Für die FDP – KiBü danke ich für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche uns allen eine gute Hand bei der Lösung zukünftiger Aufgaben.

Albert Kahle jun.